

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

NUMMER 205 B

BERLIN • Donnerstag, den 1. September 1932

I. JAHRGANG

Schwarz-brauner Block.

Die ersten Erziehungserfolge des Zentrums an den Nazis.

W-er. Das schwarz-braune Bündnis macht trotz der von Papen festgestellten Widernatürlichkeit rapide Fortschritte, und zwar mit unerheblichen Schwankungen schon seit längerer Zeit. Diese Fortschritte, über die tatsächlich bisher nicht allzu viel Aufschluß zu erlangen war, weil über die Verhandlungen zwischen den Delegierten der beiden Parteien nur wenig nach außen drang, sind durch einige Tatsachen der jüngsten Zeit außergewöhnlich deutlich gezeigt worden.

Im Preußischen Landtag, über dessen Sitzung wir an anderer Stelle berichten, waren sich nach einer voraufgegangenen Verständigung im Ältestenrat Zentrum und Nationalsozialisten einig in der Beurteilung des preußischen Reichskommissars, dessen Verhalten beide für verfassungswidrig erklärten. Diese Einigkeit ging so weit, daß die Nationalsozialisten bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen den Reichskommissar den sitzbleibenden Deutschnationalen zuriefen: „Nieder mit der Reaktion!“

Im Ältestenrat hatten vorher beide Parteien sich darauf geeinigt, den Preußischen Landtag bis zum 21. September zu vertagen, um für die weiteren Verhandlungen (vor allem über die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten) Zeit zu gewinnen.

Einem Vertreter der „Telegraphen-Union“ gegenüber erklärte der Zentrumsverhandler Grass, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien so weit gediehen seien, daß

jetzt die Reichsleitungen das Wort hätten.

Bei der ersten Tagung des neuen Reichstags wurde für den ersten Vizepräsidenten von den Nationalsozialisten nicht einer ihrer Parteigenossen vorgeschlagen, sondern

Frick schlug den Zentrumsmann Esser vor.

Der neue Reichstagspräsident, der Nationalsozialist Göring, erklärte in seiner Protestaktion gegen die Gerüchte, daß Hindenburg die Absicht habe, den Reichstag jetzt bereits wieder aufzulösen:

„Ich stelle vor dem ganzen deutschen Volke ausdrücklich fest, daß die heutige Sitzung, vor allem die Wahl des Präsidiums eindeutig erwiesen hat, daß der neue Reichstag über eine große arbeitsfähige nationale Mehrheit verfügt und somit in keiner Weise der Tatbestand eines staatsrechtlichen Notstandes gegeben ist. Ich bin überzeugt, daß der Reichstag, wenn alle wertvollen Kräfte zusammenwirken, die schweren Aufgaben erfüllen wird, die seiner harren.“

Diese neue nationale Mehrheit wird durch den Nationalisten Rosenberg im „Völkischen Beobachter“ noch ausdrücklich getrennt von der „regierenden Reaktion“, die „von der Nation durch eine riesige Kluft getrennt“ sei. Der Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“ schließt: „Hier gibt es keine Vertuschungsversuche. Hier gibt es für Herrn von Papen nur eins: Rücktritt!“

Die nächste Zeit wird zu erweisen haben, ob Hitler von den Kreisen, die hinter Herrn von Papen stehen und sein Programm völlig billigen, wirklich so unabhängig ist, wie es nach diesen forschenden Erklärungen den Anschein erweckt. Vor allem die Schwerindustrie, deren Wohlwollen ihm bisher aus finanziellen Gründen besonders teuer war, wird sich über die neueste Gruppe der nationalen Mehrheit zunächst noch nicht eindeutig freuen. Allerdings ist bei der politischen Beweglichkeit des Zentrums damit zu rechnen, daß es nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch die deutsche Schwerindustrie von der Nützlichkeit der politischen Dienste des Zentrums überzeugen können wird.

Was am charakteristischsten bei den vorläufig noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen der Gesamtreak-

Das kommunistische Manifest.

Klara Zetkins Rede

war eine gedrängte Programmklärung über die Aufgaben der kommunistischen Partei in der gegenwärtigen Lage in Deutschland. Sie gewinnt dadurch an Bedeutung, daß sie — noch unterstrichen durch die politische Leidenschaft der alten Kämpferin — deutlich erkennen läßt, wie man in Moskau die politische Entwicklung Deutschlands sieht, was man dort insbesondere von der deutschen Arbeiterschaft für die nächste Zeit erwartet.

Als echte Marxistin begann Klara Zetkin mit einer Darlegung der

Ökonomischen Klassenlage

„Der Reichstag tritt in einer Situation zusammen, in der die Krise des zusammenbrechenden Kapitalismus die breitesten werktätigen Massen Deutschlands mit einem Hagel furchtbarster Leiden überschüttet. Zu den Millionen Arbeitslosen, die mit den Bettelpennigen der sozialen Unterstützung oder ohne sie hungern, werden im Herbst und im Winter neue Millionen stoßen. Verschärfter Hunger ist auch das Schicksal aller anderen sozial Hilfsbedürftigen. Die noch Beschäftigten können bei ihrem niedrigen Verdienst die durch die Rationalisierung aufs äußerste ausgepreßte Muskel- und Nervenkraft nicht ersetzen, geschweige denn kulturelle Bedürfnisse befriedigen. Der weitere Abbau des Tarifrechts und des Schlichtungswesens wird die Entbehrungslöhne noch tiefer senken. Wachsende Scharen von Handwerkern, Kleingewerbetreibenden, von Klein- und Mittelbauern versinken verzweifelt in Elendstiefen. Der Niedergang der Wirtschaft, das Zusammenschrumpfen der Aufwendungen für Kulturzwecke vernichten die wirtschaftlichen Grundlagen der Existenz der geistig Schaffenden und verengen fortschreitend das Betätigungsfeld für ihre Kenntnisse und Kräfte.“

An diese Klarlegung der Klassenlage schloß Klara Zetkin ihre Ausführungen über die

Gruppierung der politischen Macht

in Deutschland. Sie kennzeichnete das Präsidialkabinett als „das ausführende Organ des vertrusteten Monopolkapitals und des Großagrarierturns“; als die treibende Kraft dieses Kabinetts die Reichswehrgeneralität. Der politischen Allmacht dieses Kabinetts stellte Zetkin sein Versagen gegenüber.

Innenpolitisch habe es „die Not verordnet“; zertrete die Rechte der werktätigen Massen, gegen die Not zu kämpfen; helfe den verschuldeten Agrariern und den verschuldeten Industrieherrn und Bankgewaltigen; es verschlimmere so die Krise.

Die Außenpolitik dieses Kabinetts sei ein „ziellozes dilettantisches Schwanken zwischen plumper Anbiederung und Säbelrasseln“.

„Schwerstens belastet ist das Schuldkonto des Präsidialkabinetts durch die Morde der SA in den letzten Wochen. Vergebens sucht sie über ihre politische und moralische Schuld hinweg zu täuschen durch Auseinandersetzungen mit ihren Bundesgenossen über die Verteilung der Macht im Staate.“

Der Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise werde zwangsläufig begleitet von einem Verfall des bürgerlichen Liberalismus und einer Kaltstellung seiner Einrichtung: des Parlaments. Die fortschreitende Ohnmacht des Parlaments werde durch die sozialdemokratische Politik noch vergrößert: durch die „Gewöhnung der Massen an Passivität“; dadurch werde das Parlament einer Stütze „an kraftvollen Aktionen der Massen außerhalb seiner Mauern“ beraubt.

Worin liegt bei dieser Einschätzung des Parlamentarismus heute

die Aufgabe des Reichstags

— wie Zetkin sagte, seine „zentrale Pflicht“? Im „Sturz der Reichsregierung, die den Reichstag durch Verfassungsbruch zu beseitigen versucht“.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Hindenburg über die Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Wir berichteten bereits gestern kurz, daß Hindenburg den reaktionären Plänen Papen-Schleichers seine Zustimmung erteilt habe. Darüber hinaus ist bekannt geworden, daß er ihnen in jeder Hinsicht Vollmacht erteilt habe, dieses Programm durchzuführen, d. h. daß er auch mit einer etwaigen Reichstagsauflösung einverstanden ist.

Die amtliche Mitteilung über den Besuch bei Hindenburg lautet:

„Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichskanzler von Papen, den Reichsminister des Innern Frhr. von Gayl und den Reichswehrminister von Schleicher zum gemeinsamen Vortrag über die schwebenden Fragen der Innenpolitik, insbesondere das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Der Herr Reichspräsident erteilte seine Zustimmung zu den von der Reichsregierung geplanten, vom Reichskanzler in seiner Rede in Münster in den Grundzügen bekannt gegebenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen. Der Reichspräsident ersuchte den Reichskanzler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen insbesondere dar-

auf zu achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe. Die eingehende Besprechung der innerpolitischen Lage ergab völlige Übereinstimmung zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.“

Wie schön, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibt. Man muß über die Geschicklichkeit staunen, mit der deutsche Bürokraten immer noch Worte finden, die nichts sagen. Als wenn einer vom „sozialen Gedanken“ satt werden oder mit einer bloßen Lebenshaltung etwas anfangen könnte. Es fragt sich nämlich gerade, was für eine Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert werden soll.

Oder meinte Hindenburg wirklich, was ja möglich ist, daß der deutsche Arbeiter wenigstens das Leben behalten soll, was angesichts der Volksgenossen von Potempa jedenfalls nicht zu fordern völlig überflüssig ist.

und christliche und nationale und eine ähnliche Gewaltherrschaft ausüben will, das Zentrum bei dieser Arbeit besser nicht gegen sich hat.

Wir glauben bis auf weiteres, daß Hitler mit der Anbiederung an das Zentrum einen klügeren Schritt getan hat, als Papen-Schleicher mit der Anbiederung an den „demokratisch-autoritären“ Hindenburg. Auf die Dauer sind Beichtstuhl und Seelenbeherrschung wirksamer als Bajonette und Paradedemarsch.

Trotz allem glauben wir, daß die im Grunde gleichgültigen Seelen der deutschen Rechten sich wieder finden werden.

tion sichtbar wird, ist die politische Schlagkraft einer Partei, die mit Zähigkeit und politischer Geschicklichkeit den obersten aller Grundsätze der politischen Taktik beherrscht, daß Politik die Kunst sei, das Bestmögliche für die eigenen Ziele zu erreichen. Es wird interessant sein, den Konflikt zwischen dem aktiven politischen Katholizismus und Herrn von Schleicher zu verfolgen; denn die Weigerung der Regierung Papen, einem angenommenen Mißtrauensvotum entsprechend zurückzutreten, kann sich vernünftiger Weise nur auf die physische Gewalt der Reichswehrbajonette gründen.

Stärkere Männer als Schleicher haben eingesehen, daß man, wenn man überhaupt bürgerliche

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Natürlich genügt für die Durchführung dieses Sturzes nicht ein Parlamentsbeschluss, nicht eine Anklage der Reichsregierung beim Staatsgerichtshof („des Teufels bei seiner Großmutter“); denn demgegenüber stützt sich die Reichsregierung auf die Machtpositionen der „Reichswehr und aller anderen Machtmittel des bürgerlichen Staates, auf den Terror der Faschisten, die Feigheit des liberalen Bürgertums und die Passivität eines großen Teiles der Werktätigen“.

Was soll die Arbeiterschaft tun?

„Der Sturz der Regierung durch den Reichstag kann nur das Signal sein zum Aufmarsch und zur vollen Machtentfaltung der Massen außerhalb des Parlaments, um in dem Kampf das ganze Gewicht ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung und die Wucht ihrer Zahl einzusetzen. In diesem Kampf gilt es zunächst vor allem den Faschismus niederzuzwingen, der mit Blut und Eisen alle klassenmäßigen Lebensäußerungen der Werktätigen austilgen soll in der klaren Erkenntnis unserer Feinde, daß die Stärke des Proletariats am wenigsten von Parlamentssitzen abhängt, vielmehr verankert ist in seinen politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und kulturellen Organisationen.“

Belgien zeigt den Werktätigen,

„daß der Massenstreik eine Waffe ist, die auch in der Periode tiefster wirtschaftlicher Krise ihre Schneide bewahrt. Vorausgesetzt, daß hinter ihrem Gebrauch die Entschlossenheit und Opferfreudigkeit der Massen steht, vor keiner Weiterung des Kampfes zurückzuschrecken und der Gewalt der Feinde mit Gewalt zu begegnen.“

Der Kapitalismus reif zum Sturz.

„Jedoch die außerparlamentarische Machtentfaltung der Werktätigen darf sich nicht auf den Sturz einer verfassungswidrigen Regierung beschränken, sie muß über dieses Augenblicksziel hinaus gerichtet sein auf den Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft und seiner Grundlage, der kapitalistischen Wirtschaft.“

Zetkin hält natürlich nichts von den Verstaatlichungsversuchen, solange der Staat Machtapparat der Besitzenden ist. Wie man es machen muß, zeige Rußland:

„Die russische Revolution ist der weltgeschichtlich große Beweis, daß den Schaffenden die Kraft eignet, all ihre Feinde niederzuwerfen, zusammen mit dem Kapitalismus im eigenen Lande auch die imperialistischen Raubgewalten zu brechen. Der Sowjetstaat erhärtet auch, daß die Werktätigen die Reife besitzen, eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, in der eine wirtschaftliche Höherentwicklung der Gesellschaft ohne verwüstende Krisen erfolgt.“

„Der Kampf der werktätigen Massen gegen die zerfleischenden Nöte der Gegenwart ist zugleich der Kampf für ihre volle Befreiung. Er ist ein Kampf gegen den versklavenden und ausbeutenden Kapitalismus und für den erlösenden Sozialismus. Diesem Ziel muß der Blick der Massen unverrückt zugewandt sein.“

Der nächste Schritt: Einheitsfront.

Ihre Aufgabe: „... um den Faschismus zurückzuwerfen und damit den Versklavten und Ausgeplünderten die Kraft, die Macht ihrer Organisationen zu erhalten, ja sogar ihr physisches Leben. Vor dieser *zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit* müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten.“

Die Einheitsfront der deutschen Arbeiter ordnete Zetkin in die internationale Klassenfront ein:

„Streiks und Aufstände in den verschiedensten Ländern kündeln als lodende Flammenzeichen den Kämpfenden in Deutschland, daß sie nicht allein stehen. Überall beginnen die Enterbten und Niedergetretenen zur Eroberung der Macht vorzustoßen.“

Zetkin schloß mit einem Appell für die Einheitsfront; sie richtete ihn insbesondere an die Frauen, die Jugend, an die geistig Schaffenden, an alle Lohn- und Gehaltshörige:

„Ich eröffne den Reichstag in Erfüllung meiner Pflicht als Alterspräsidentin. Ich hoffe, noch die Freude zu erleben,

als Alterspräsidentin den ersten Rätekongreß Sowjetdeutschlands zu eröffnen.“

Klara Zetkins Worte atmen stellenweise den Schwung der Siegesgewißheit, wie er uns aus dem kommunistischen Manifest entgegentritt, der Siegesgewißheit, die aus der Theorie von der ökonomischen Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus folgt. Am deutlichsten wird das wohl an der Stelle, an der Zetkin von der „zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit“ der Einheitsfront spricht. Eine verhängnisvolle Doppeldeutigkeit enthält dieser Ausdruck! In welchem Sinne ist die Einheitsfront geschichtlich notwendig? Nach der ökonomischen Theorie kann dieser Ausdruck nichts anderes bedeuten, als daß schließlich die Einheitsfront sich bilden muß; daß die Klassenlage durch den Zwang der Ausplünderung der Massen deren Front notwendigerweise herbeiführen wird. Als echte Marxistin hat Zetkin ihre Worte wohl so verstanden. Nur so ist es auch zu erklären, daß sie kein Wort darüber verloren hat, wie denn die Einheitsfront *geschaffen* werden soll. Nach marxistischer Auffassung wird eben die Einheitsfront kein Produkt menschlichen Schaffens, sondern der ökonomischen Klassenlage sein; es kommt nur darauf an, diese Klassenlage und deren Notwendigkeiten „ins Bewußtsein zu heben“, wie Zetkin das in bezug auf die Einheitsfront in ihrem Schlußappell noch einmal tat.

Wir halten nichts von diesem Hoffen, diesem Glauben, diesem Warten auf das rettende Wunder. Notwendig ist für uns die Einheitsfront nur in dem Sinne, daß ohne sie das Versinken in die Barbarei nicht wird verhindert werden können.

Durch keinerlei Notwendigkeit ist es aber ausgeschlossen, daß dieses Versinken in die Barbarei stattfindet.

Diese klare Erkenntnis wird durch den marxistischen Glauben versperrt und die verhängnisvolle praktische Tragweite dieses Irrtums zeigt sich gerade in der abwartenden Haltung der kommunistischen Partei gegenüber der Herstellung der Einheitsfront.

Die bürgerliche Presse enthüllt ihre grenzenlose Unbildung dadurch, daß Zetkins körperlich geschwächter Zustand für diese Presse das Berichtenswerteste ist. In keiner der dürftigen Wiedergaben zeigte sich, daß der Berichterstatter von dem Geiste, der diesen 75jährigen Körper beseelt, einen Hauch verspürt hatte. Und niemand hatte offenbar die Gelegenheit wahrgenommen, einmal eine Rede aufmerksam anzuhören, die eine Perspektive entrollte; dazu noch von einem Menschen, der aus der Mitarbeit an einem Neuaufbau herauskommt; einem Neuaufbau, der die verächtlichen Versuche hinter sich gelassen hat, die Bankerotteure durch immer neue Subventionen auf Kosten der Massen über Wasser zu halten.

Schleichers Rundfunkrede in zweiter Auflage.

Die dritte Auflage.

Die italienische Zeitung „Resto del Carlino“ gibt eine Unterhaltung wieder, die einer ihrer Vertreter mit Herrn von Schleicher gehabt hat und in der dieser sich noch einmal gründlich über die Frage der deutschen Gleichberechtigung ausgelassen hat.

Was Schleicher im „Heimatsdienst“ verschweigt, kommt begreiflicher Weise auch dem italienischen Interviewer gegenüber nicht zur Sprache. Aber an zwei Punkten der Ausführungen ist Schleicher — vielleicht unter der Anregung eines lebendigen, präzise Fragen stellenden Gesprächspartners — konkreter und deutlicher geworden als bisher.

In der Drohung: „Ein Staat, der seinen Bürgern nicht die Sicherheit gegen äußere Bedrohung gewährleisten kann, ist in seinem Lebensnerv getroffen und bildet deshalb — und nicht wegen der Lügen über geheime Rüstungen — in den internationalen Beziehungen einen Faktor der Unsicherheit.“

In der Forderung: Schleicher hat, auf die ausdrückliche Frage des Italieners, die Forderung der Gleichberechtigung ausgeführt: Entweder die anderen Staaten unterwerfen sich den gleichen Rüstungsbeschränkungen, die Deutschland in Versailles auferlegt sind, oder Deutschland verlangt Befreiung von den folgenden Beschränkungen:

1. Zwölfjährige Dienstzeit.
2. Verbot der Luftwaffe, der schweren Artillerie, der Flugabwehrgeschütze, der U-Boote, der Flugzeugträger, der großen Kreuzer.
3. Verbot der Befestigung gewisser Landesgrenzen.
4. Beschränkung der Waffenerzeugung auf bestimmte Fabriken.

Der enge Zusammenhang dieser Ausführungen mit dem in der Rundfunkrede angekündigten Umbau der Wehrmacht zeigt die Auskunft, die Schleicher seinem Interviewer auf die Frage gegeben hat, was Deutschland tun werde, wenn seine Forderungen auf Ablehnung stießen:

„Die deutsche Regierung wird durch den Bruch der Abrüstungsversprechungen seitens ihrer Vertragspartner gezwungen sein,

die nationale Sicherheit auf nationalem Wege herzustellen,

wenn es auf dem internationalen nicht möglich war.“

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Das aufflammende Streichholz überflackert die schlafenden Gestalten. Der am Boden kauende Bonczyk hat den Kopf auf seinen Knien liegen. Ihm gegenüber sitzt der Derfflingermann Dankert. Er blickt mit offenen Augen vor sich hin.

„Als ob was kaputt gegangen ist“, sagt er jetzt.
„Das ist bloß die Stimmung hier, das kommt bloß davon, weil hier keine Lampe brennt.“

„Was wirst du machen, wenn wir in Berlin ankommen?“
Raumschuh zuckt die Achseln und schweigt.
Wieder starren sie durch das Fenster. Manchmal stehen ein paar Lichter draußen in der vorbeiziehenden Verlassenheit.

Dann fährt der Zug in eine Station ein und bleibt stehen. Bonczyk streckt sich und sucht eine andere Lage für seine Beine. Matrosen aus den anderen Wagen kommen draußen vorbei und rufen:

„Der Zug bleibt hier liegen!“

Alle steigen aus. Noch halb im Schlaf stehen sie vor dem langgestreckten Bahnhofgebäude und lesen den an der Backsteinmauer befestigten Stationsnamen: „Rathenow — bis Berlin 96 Kilometer.“

Sie laufen die Wagen entlang nach vorn zur Lokomotive. Von der Strecke her kommen einige Leute. Einer hat eine Laterne in der Hand.

„Der Zug bleibt hier liegen!“

„Die Schienen sind aufgerissen!“

„Auf Befehl der Regierung!“

Die Matrosen beraten, was zu machen ist. Eine Reparatur würde zu lange dauern. So beschließen sie, den Fußmarsch über Brandenburg und Potsdam nach Berlin anzutreten.

In losen Truppes ziehen sie durch das dunkle Rathenow. Viele schleppen ihre Seesäcke mit sich. Auf der Landstraße wird der Abstand zwischen den marschierenden Haufen größer. Raumschuh, Dankert, Bonczyk, etwa ein Dutzend Leute, sehen nach einer Stunde Marsch ein Lastauto vor einem Gasthaus stehen. Sie holen den Chauffeur heraus und sitzen auf. Wo nur Platz ist, neben dem Fahrer, auf der Ladung, vorn auf den Trittbrettern; überall klammert sich einer an.

Es geht langsam vorwärts.

Der Chauffeur muß vorsichtig fahren. Das Licht der beiden Scheinwerfer stößt in den dichter werdenden Nebel wie in weiche Watte. Der Wagen stuckert auf der vernachlässigten Chaussee. Mit klammen Händen halten sie sich fest. Die zwischen den Kisten Liegenden riskieren Rippenbrüche.

Nach zwei Stunden Fahrt gleiten die Räder über den Asphalt einer breiten Straße. Die Häuser rechts und links sind kaum zu sehen, nur Einzelheiten scheinen durch den Dunst — eine Eisenbahnunterführung, eine Anschlagssäule, eine Straßenecke, zuletzt die Stahlbogen der Potsdamer Havelbrücke.

In den Wäldern zwischen Potsdam und Wannsee läßt der Nebel nach, die Straße wird übersichtlicher. Eine knappe halbe Stunde noch. Immer näher kommen die Häuserblöcke der Peripherie und dann geht es in gerade Linie mitten nach Berlin hinein.

Ein durch die Straße patrouillierender Halbzug berittener Schutzleute entdeckt den an den Wagen geklammerten Haufen halberfrorener Matrosen. Der Wagen wird angehalten. Die von der Fahrt durch den Nebel und vor Müdigkeit Halbetäubten sind plötzlich von Pferdeköpfen eingekreist. Ohne auch nur an Gegenwehr zu denken, lassen sie sich arretieren.

Sie werden nicht nach dem Polizeipräsidenten gebracht, sondern auf Grund der vom Kriegsminister veranlaßten „Verfügung betreffs in Berlin herumstreichender Matrosen und anderer Militärpersonen“ nach dem Zellengefängnis in Moabit.

Mit durchnästen Kleidern und steifen Beinen tappen sie, von den Pferden der Begleitmannschaften eingekreist, am Rand des Tiergartens entlang. Durch entlaubtes Baumwerk sehen sie kalzig weiß wie die von Wilhelm II. errichteten Standbilder der Dynastie Hohenzollern schimmern.

Dann kommen sie an einen weiten freien Platz.



Die asphaltierte Fläche liegt in nassem Glanz. Ueber den Pferdeköpfen und den Sturmhelmen der Polizisten erheben sich grau und monumental die Säulen des Brandenburger Tor.

Es ist der Morgen des 9. November.

Berlin marschiert.

Am 8. November, vormittags zehn Uhr, tritt das Kriegskabinet zusammen. Schon vor Beginn der Sitzung haben die Minister sich eingefunden und die Lage besprochen:

In Kiel — Rückkehr zu einer gewissen Ordnung unter Noskes Führung. In Hamburg — Verschlimmerung der Lage. Wilhelmshaven meldet: Machtmittel reichen nicht aus. In Hannover ist der kommandierende General gefangen. Ueber der Weserwerft in Bremen weht die rote Fahne. In München ist die Republik ausgerufen; die Absetzung des Königs wird gefordert. In Stuttgart hat der Arbeiter- und Soldatenrat die Herrschaft an sich gerissen. In Braunschweig führen fünf Matrosen eine Demonstration an, befehlen die Gefangenen und besetzen den Hauptbahnhof. Die Polizei hat sich ergeben. Die Schloßwache ist zum Volk übergegangen.

Ernst August hat auf den Thron verzichtet! Es rollen Züge mit Aufständischen heran!

Vor den Fenstern des Konferenzzimmers steht ein regengrauer Tag. Die Tiefen des Raumes mit seinen gefalteten Wänden liegen im Halbdunkel. Nur auf der polierten Fläche des langen Tisches schimmert mattes Licht. Um den preußischen Innenminister Drews haben sich eine Anzahl Fachminister geschart. In der Mitte einer anderen Gruppe steht Staatssekretär Scheidemann. „Das Abdankungsultimatum hat bei den Massen eingeschlagen. Wir werden betimmt das Rennen mit den Unabhängigen machen!“ erklärt Scheidemann.

Dieses Abdankungsultimatum, das er im Namen seiner Partei dem Reichskanzler übergeben hat, droht die Regierung zu sprengen. Die bürgerlichen Kabinettsmitglieder sind empört und überschütten ihn mit Vorwürfen.

(Fortsetzung folgt.)

Preußische Verwaltungsreform fortgesetzt.

Die kommissarische Preußenregierung hat am Dienstag an einer Verordnung zur Verwaltungsreform gearbeitet, die bald veröffentlicht werden wird.

Die Neuordnung bringt zunächst eine Entlastung der Oberpräsidien als Instanz. Ein großer Teil der bisher in den Oberpräsidien geleisteten Verwaltungsarbeiten wird künftig von den Regierungspräsidenten erledigt werden, während die Oberpräsidenten gewissermaßen die Stellung von Staatskommissaren erhalten sollen. Damit ist gleichzeitig ein weiterer vorbereitender Schritt für eine spätere Reichsreform getan. Die Aufteilung der Arbeiten des Oberpräsidiums auf die Regierungspräsidenten ist so gedacht, daß beispielsweise ein Regierungspräsident die Aufgaben des Provinzialschulkollegiums, ein anderer Regierungspräsident Wasserbaufragen u. s. w. übernimmt, was nicht ausschließt, daß vielleicht einem Regierungspräsidenten auch mehrere Arbeitsgebiete zugewiesen werden. Der Vorteil liegt in einer Verkürzung des Geschäftsganges, in einer Vereinfachung der Verwaltung. Auch in dem Verhältnis der Kreis- und Schulräte, die bisher den Regierungspräsidenten unterstanden, tritt eine Aenderung insofern ein, als die Kreis- und Schulräte künftig direkt mit den Landräten zusammenarbeiten sollen. Hierdurch würden die Regierungspräsidenten, die in Zukunft ein Mehr an Arbeit zu leisten haben, wieder entlastet werden. Die Büros der Oberpräsidien werden durch diese Maßnahmen verkleinert werden.

Es ist eine geschickte Maßnahme der Preußen-Diktatur, im abgekürzten Verfahren organisatorische Vereinfachungen durchzuführen, die die Demokratie nicht zustande gebracht hat, und die sicher von vielen Parteien wegen der erwünschten Menge an Posten auch nicht ernsthaft angestrebt worden sind. Für die Arbeit springt dabei nicht nur das Renommée des energischen und einsparenden Regenten heraus, sondern vor allem die straffere Angliederung des preußischen Verwaltungsapparates an die Reichsregierung.

Undurchführbare Hauszinssteuerverordnung zurückgenommen.

Die Preußische Regierung hat durch Notverordnung vom 8. Juni bestimmt, daß gegenüber minderbemittelten Mietern die Hauszinssteuer künftig nicht mehr von Staats wegen niedergeschlagen werden soll, sondern daß den Gemeinden ein fester Betrag (160 Millionen Mark jährlich) zur Unterstützung solcher Mieter zugewiesen werden soll. Die Preußische Staatsregierung wollte nach dem in Deutschland geltenden Grundsatz, das Risiko, das sich aus der Verschlechterung der Wirtschaftslage ergibt, einem Schwächeren, den Gemeinden, auferlegen.

Nun hat sich gezeigt, daß das in Anbetracht der sonstigen Finanzlage der Gemeinden nicht möglich ist, ja daß sich nicht einmal die bitromäßige Erledigung der Anträge auf Mietunterstützungen bewältigen ließ. Die kommissarische Regierung verordnet daher die Aufhebung der einschlägigen Bestimmungen der Notverordnung vom 8. Juni und bestimmt anstatt dessen:

Insbesondere ist die Steuer zu stunden und niederzuschlagen: 1. bei Mietwohnungen oder Teilen von Mietwohnungen

a) wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen, und zwar in Höhe des Betrages, um den die laufende Unterstützung sonst höher sein müßte,

b) soweit Mietern nachweislich eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten,

c) soweit die Einziehung eines der gesetzlichen Mietes entsprechenden Mietzinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist.

Selbstmord des Vorsitzenden im Calmette-Prozeß.

Der Vorsitzende im Lübecker Calmette-Prozeß, Amtsgerichtsrat Dr. Wibel, hat am Sonnabend in Hamburg Selbstmord begangen. Hierzu wird berichtet, daß Dr. Wibel, der

Die Kämpfe der Arbeiterschaft.

Streik der Seeleute.

Die Offiziere, Maschinisten und Matrosen in der holländischen Handelsschiffahrt sind am Dienstag in den Streik getreten. Nur die christlichen Gewerkschaften beteiligten sich nicht an der Aktion. Einige Schiffe sind bereits am Ausfahren gehindert worden, während sich andere noch vor Ausbruch des Streiks eine Mannschaft gesichert haben.

Am Dienstag fanden Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften vor dem Reichsschlichter statt, der den Vorschlag machte, den bisherigen Zustand für September aufrechtzuerhalten und während dieser Zeit Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern über die beiderseitigen Forderungen stattfinden zu lassen.

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß ihre Organisationen den Vorschlag voraussichtlich annehmen würden.

Hinsichtlich der Löhne in der Frachtschiffahrt erklärten sie sich zu Verhandlungen bereit.

In der spanischen Provinz Austrien sind die Bergarbeiter in den Streik getreten.

Ausdehnung des englischen Weberstreiks.

Wie zu erwarten war, hat sich der Streik der Weber in Lancashire weiter ausgedehnt. Jedoch ist die Zahl der Streikenden noch immer nicht bekannt. Infolge der intensiven Tätigkeit der Streikenden, haben mehrere Fabriken, um Unruhen zu vermeiden, ihre Betriebe von selber geschlossen.

In Earby ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen 2000 Streikenden und etwa 100 Polizisten, bei dem viele Personen verletzt wurden. Viele Arbeiter wurden verhaftet.

im Calmette-Prozeß gezwungen war, einige seiner Freunde zu schweren Strafen zu verurteilen, nach Beendigung des Verfahrens einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten habe. Die Anwälte der jetzt verurteilten Angeklagten behaupten, Dr. Wibel sei schon während der Verhandlungen geisteskrank gewesen. Sie verlangen daher, daß der Prozeß, der jetzt in der Leipziger Revisionsinstanz schwebt, noch einmal mit allem Beweismaterial aufgezogen wird. Die Richter, die in Lübeck mit Dr. Wibel zusammengearbeitet haben, bestreiten, daß bei ihm von einer Geisteskrankheit vor Beendigung des Prozesses etwas zu merken war. Ob der Prozeß noch einmal aufgenommen wird, hängt also davon ab, ob der Beweis beigebracht werden kann, daß der Vorsitzende im Calmette-Prozeß unzurechnungsfähig war.

Maulkorb für den „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ ist für drei Tage verboten worden (bis zum 2. September), weil er Papens Programm als das Programm des Verfassungsbruchs bezeichnet hat.

Hierzu ist zunächst zu sagen, daß die Verfassungstreue Papens sicher noch nicht dadurch erwiesen ist, daß er selber auch in Münster wieder erzählt hat, er „denke nicht an eine Abweichung von den Grundsätzen der Verfassung“. Er mag dabei denken, was er will — als sein Programm hat er jedenfalls verkündet, daß er die Staatsgewalt nicht „dem taktischen Spiel der Parteien im Parlament ausliefern“ wolle, d. h. daß er sie unabhängig von der Mehrheit des Parlaments ausüben werde. Nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf aber die Regierung des Vertrauens des Parlaments, das dieses Vertrauen durch Mehrheitsbeschluß ausspricht.

Ein Kommunist erschossen — macht drei Jahre Gefängnis.

Das Flensburger Sondergericht, tagend in Heide, verurteilte am Montag den Nazi-Kurdzel wegen Totschlages zu drei Jahren Gefängnis. Kurdzel, der früher Kommunist war, hatte am 8. Mai in Wesselburen bei einer politischen Schlägerei den Kommunisten Wiese erschossen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Montag, 5. September, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: „Arbeiter-Regierung statt Regierung der Barone!“ Freie Aussprache. Eintritt frei.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, 3. September, 20,15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck, beim alten Schützenhof 4. Thema: „Der Generalangriff der Reaktion.“ Freie Aussprache. Eintritt frei!

Drei Jahre Gefängnis scheint gegenüber nationalsozialistischen Mördern, soweit ihre Taten vor der August-Notverordnung liegen, der gebräuchliche Strafsatz zu sein: die Höchststrafe wegen der Ermordung des Kommunisten Sterley in Tschendorf (15. Juli) betrug ebenfalls drei Jahre Gefängnis; die Höchststrafe wegen der scheußlichen Ermordung des Kommunisten Bassy betrug drei Jahre drei Monate Gefängnis; bei der Ermordung des Reichsbannermannes Wolf in Riesa (November 1931) Höchststrafe: zwei Jahre vier Monate Gefängnis; bei der Ermordung des Reichsbannermannes in Röntgenal (März 1930) Höchststrafe: drei Jahre Gefängnis. In allen diesen Fällen, die nicht die einzigen sind, sondern die uns nur eben zur Hand sind, waren Nationalsozialisten die Täter.

Wir erinnern demgegenüber an die Zuchthausstrafen im Ohlauer Prozeß gegen die Reichsbannerleute: zwei, drei, vier Jahre Zuchthaus. Niemand wurde dabei wegen Totschlages verurteilt (obwohl zwei SA-Leute getötet worden waren). Diese Strafen wurden ebenso nach dem StrGB (und nicht nach der Notverordnung) verhängt, wie die vorhin angeführten gegen die Nazis. Im Essener Prozeß gegen Kommunisten wegen der Erschießung des NS Felgendreher wurden Anfang Februar die vier Hauptangeklagten zu Zuchthausstrafen von durchschnittlich vier Jahren verurteilt.

Die Arbeiter-Esperantisten in Stuttgart.

O. W. Der 12. Kongreß des Arbeiter-Esperantisten-Weltbundes (SAT) war trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage von 250 Genossen aus 12 Ländern besucht.

Die öffentlichen Versammlungen zu Beginn und die Kundgebung gegen den Krieg am Schluß des Kongresses fanden auch bei der Stuttgarter Arbeiterschaft reges Interesse. Die Esperantisten ihrerseits nahmen zum Zeichen internationaler Solidarität gegen den Faschismus an der Einäscherung eines von den Nazis erschlagenen Arbeiters teil.

In einigen oft recht ausgedehnten Arbeitssitzungen und zahlreichen Fraktionssitzungen leistete der Kongreß sachliche und für den Fortschritt der Arbeiter-Esperanto-Bewegung wertvolle Arbeit.

Das wichtigste Ergebnis des Kongresses war die erneute Sicherstellung der parteipolitischen Neutralität des SAT.

Wie in den letzten Jahren von kommunistischer Seite schien sie jetzt durch die Angriffe einiger sozialdemokratischer Genossen gefährdet. Doch entschied sich der Kongreß fast einmütig für weitere strenge Wahrung der parteipolitischen Neutralität.

Auch die Bestrebungen, die jetzige Struktur von SAT — Zusammenschluß aller proletarischen Esperantisten ungeachtet ihrer Nationalität oder Rasse — zu ändern durch einen Zusammenschluß von Landesverbänden, wurden einhellig abgelehnt.

Mit Ausnahme der Antragsteller betonten alle Genossen die Notwendigkeit, gerade angesichts der auch in der Arbeiterschaft wachsenden nationalistischen Welle die internationale Verbundenheit des Proletariats nicht nur zu betonen, sondern auch praktisch zu verwirklichen, wofür die jetzige nationslose Organisationsform die besten Grundlagen bietet.

Ein weiterer, einstimmig angenommener Vorschlag zur Schaffung einer gemeinsamen Zeitung für SAT und die national getrennten Propaganda-Verbände ist geeignet, der gesamten Arbeiter-Esperanto-Bewegung trotz Krise und Arbeitslosigkeit neuen Antrieb zu geben und vielleicht einen völligen Zusammenschluß aller Esperanto-Verbände vorzubereiten.

Uschida wird deutlicher.

Ein Mitglied des japanischen Parlaments hat sich mit der Rede des Außenministers Uschida zur japanischen Mandschurei-Politik noch nicht zufrieden gegeben und die — nach der entschiedenen Rede des Außenministers eigentlich unnötige Frage gestellt, wie Japan sich denn nun dem Völkerbund gegenüber verhalten werde. Uschidas Antwort: Japan rechne damit, daß auch die interessierten Mächte das Mandschurei-Problem in einem für Japan günstigen Sinn lösen werden. Sollte dies nicht zutreffen, so werde Japan entsprechende Konsequenzen ziehen. Die Japaner haben verstanden: In Tokio ist man überzeugt, daß die japanische Regierung in Genf auch vor dem Austritt aus dem Völkerbund nicht zurückschrecken werde.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt Ombf., Berlin S14, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag Ombf., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Der „Wohlfahrtsstaat“.

I.

Die „Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen“ wies am 30. April einen Verlust von 4 695 000 Mark aus bei einem Anlagewert der Hütten von 6 Millionen Mark. Trotzdem konnten nach dem Geschäftsbericht noch 166 066 Mark Tantieme an einen Aufsichtsrat und Vorstand von 26 Personen ausgezahlt werden.

II.

In einigen Gemeinden Thüringens (im Landkreis Rudolstadt) haben die Bürgermeister und Gemeindevorsteher den seit Jahren arbeitslosen Einwohnern amtliche Bettelsteine ausgestellt. Anders konnten sie den Aermsten nicht mehr helfen. Das ist die ganze Hilfe, die die Ortsbehörden den schon jahrelang hungernden Arbeiterfamilien zukommen lassen. Die Einnahmen, sofern überhaupt noch Einnahmen da sind, reichen nicht im entferntesten aus, die ungeheure Not zu lindern, die in den Heimarbeitsgebieten Thüringens herrscht.

III.

In welcher Not sich schwangere Arbeiterinnen befinden, zeigt der vorige Jahresbericht der Gewerbeaufsicht. Danach suchten die Schwangeren einer Fabrik wie auf Verabredung kurz vor der Niederkunft möglichst schwere Arbeiten zu bekommen, insbesondere solche, bei denen die Bauchmuskeln angestrengt werden. Die Folge war, daß bei 90 Prozent der im Laufe des Jahres entbundenen Arbeiterinnen dieses Betriebs Fehlgeburten stattfanden, darunter zwei während der Arbeit.

IV.

In der Fachzeitschrift „Die medizinische Welt“ vom 25. Juni berichten die Leiter verschiedener Kliniken in Berlin,

Bochum und Hamburg, daß sie in vielen Fällen Patienten bekommen, die die für einen normalen Menschen erforderliche Kalorienmenge bei weitem nicht mehr erhalten haben. Es handelt sich um Arbeitslose und Wohlfahrtsempfänger. H. D.

V.

In der „Klinischen Wochenschrift“ beschäftigt sich der Statistiker Professor von Tyszkä (Hamburg) mit den Ernährungsschwierigkeiten, die auf Grund der ungeheuren Wirtschaftsnot auftreten. Die Bevölkerung schränke die Ausgaben für pflanzliche Nahrung mehr ein als die für tierische. Ein bedenklicher Mangel an Vitaminen und Eiweiß mache sich in den Haushalten der Erwerbslosen bemerkbar. Es herrsche geradezu eine „verschleierte Hungersnot“.

VI.

In Flensburg erhielten die Wohlfahrtserwerbslosen am Montag gekürzte Unterstützungssätze. Zum Protest dagegen brachen Unruhen aus, die die Polizei zu unterdrücken suchte. Mehrere Frauen setzten ihre Kinder im Wohlfahrtsamt ab mit der Erklärung, daß die Unterstützung nicht mehr zu ihrer Ernährung hinreiche. Zwölf Kinder blieben auf dem Wohlfahrtsamt, von denen acht zu ihren Müttern zurückgebracht wurden. Die übrigen vier Kinder wurden in ein Kinderheim gebracht.

VII.

In Deutsch-Krone hat die Stadtverwaltung beschlossen, alte Eisenbahnwagen zur Unterbringung von Familien zu beschaffen, die ihre Miete nicht mehr zahlen können. Diese Art der Unterbringung von Erwerbslosen ist in vielen Gemeinden üblich.

Schlußbetrachtungen zum Metallarbeiter-Verbandstag.

H.R. Vor der Eröffnung des Metallarbeiterverbandstages war hier (Nr. 196) die Frage gestellt worden: Wird der Verbandstag diesen totalen Mißerfolg zugeben? Den Mißerfolg nämlich im Kampf um die Erhaltung der Demokratie, gegen den Faschismus, gegen Lohnabbau und Aushöhlung des Tarifrrechts? Und es wurde weiter gefragt: Wird er daraus die Konsequenzen ziehen, und die richtige Orientierung, nämlich die des Kampfes, beschließen?

Wie zu befürchten war: Nichts von alledem!

Sehr oft in solchen mißlichen Lagen muß die Lehre von der Entwicklung zum Sozialismus erhalten, um Unvereinbares in einen scheinbaren Zusammenhang zu bringen. So stellte Brandes unentwegt die Entwicklung zum Sozialismus fest und sprach unentwegt von einer gewaltigen Revolution in der Wirtschaft. „Wenn auch noch kleinere Rückschläge eintreten werden, aber der Sozialismus kann nicht verfehlt werden. Es hat niemals eine sich stetig aufwärts entwickelnde Arbeiterbewegung gegeben. Aber der Feind wird in Zukunft noch weniger als in der Vergangenheit die Arbeiterklasse vernichten. Der Geist (!) der Arbeiterklasse hat Größenwahnsinnige zum Teufel gejagt; diese Klasse wird sich auch ihre Ideale, Recht und Freiheit, erkämpfen.“

Der Verbandstag nahm auch eine Entschließung an, die feststellt, daß das kapitalistische System abgewirtschaftet hat und der neuen sozialistischen Planwirtschaft, die im Werden längst begriffen ist, Platz machen muß.

Also nicht nur kein Eingeständnis eines Mißerfolges im Kampf gegen Faschismus und für die Erhaltung der Demokratie, sondern im Gegenteil: es wird sogar eine Aufwärtsentwicklung zum Sozialismus durch Abstimmung beschlossen. Man sieht, wozu die Demokratie alles gut ist!

Sämtliche Anträge, die eine Loslösung von der Politik der SPD und eine Rückkehr der Gewerkschaft zur Klassenkampfpolitik forderten, wurden abgelehnt. Was braucht man auch eine Klassenkampfpolitik, was braucht man Kampfbeschlüsse, wenn alles seinen unaufhaltsamen Weg zum Sozialismus geht?

Aus Schwarz wird Weiß gemacht.

Zu der Frage des Kampfes gegen den Lohnabbau stellte Brandes fest, daß in dieser, für die Arbeiterschaft so trostlosen und für die Reaktion so hoffnungsvollen Zeit die Gewerkschaften den Lohnabbau nicht verhindern, sondern nur erschweren können, und daß sie dieser Aufgabe noch stets gerecht geworden sind. (Wir bitten die Leser, bei diesem Satz zu beachten, wie aus dem im Grunde zugegebenen Versagen durch ein Spiel mit Worten schließlich herauskommt, die Gewerkschaft sei ihrer Aufgabe stets gerecht geworden. Red.) Der Verbandstag hieß, willfährig, wie in allen anderen Fragen, die bisher verfolgte Politik in der Lohnfrage gut und sprach dem Vorstand sein Vertrauen aus.

Ueber diese Vertrauensseligkeit hat man um so mehr Anlaß, erstaunt zu sein, als allein folgende Aeußerung von Brandes für den simpelsten Menschen genügt, solchen Führern jedes Vertrauen zu entziehen.

Brandes verstieg sich zu der unglaublichen Bemerkung: „Die Reaktion peitscht alle Nichtorganisierten in unsere Organisationen hinein!“ Der DMV hat im vergangenen Jahr 113.714 Mitglieder, das sind 12 Prozent, verloren. Also auch hier wird über den Mißerfolg hinweggetäuscht.

Wir werden die Zähne zusammenbeißen — und warten.

Ueber den Kampf gegen die Aushöhlung des Tarifrrechts sagte Brandes: „Bis jetzt haben die Gewerkschaften in der schärfsten (!) Art und Weise gegen die Versuche, das Tarifrrecht anzulockern, gekämpft (ja, „mit gebügelten Hosens und Zylinder“, wie einer der Delegierten treffend bemerkte! H.R.) und werden es auch in Zukunft tun. (Telegramme an Hindenburg!) Augenblicklich sind Kräfte am Werk, um im Bergbau mit der Auflockerung des Tarifrrechts zu beginnen. Wir werden die Zähne zusammenbeißen und (—) warten, und wenn das Arbeitsministerium kein genügender Schutz mehr ist (Hoffen und Harren, macht manchen zum Narren!), uns im Kampf unser Recht nehmen.“

Anträge werden „erledigt“.

Aus der Fülle der Anträge, die darauf hinzuliefen, den DMV zu einer Kampforganisation zu machen, greifen wir einige heraus. Die meisten von ihnen wurden vom Verbandstag abgelehnt oder von der Verbandsleitung direkt übergangen, indem sie in die Rubrik verwiesen wurden: „Vor der Einzelberatung zu erledigen“. Dort wurden sie „erledigt“.

Ausgezeichnete Anträge, die Stellungnahme gegen einen drohenden imperialistischen Krieg betreffend, lagen vor. Einer forderte Veröffentlichung der Fabriken in der „Metallarbeiterzeitung“, in der heute schon Gewehre, Munition und andere Kriegsrüstungsgegenstände fabriziert werden. Diese Anträge wurden abgelehnt, obwohl in den Referaten viel davon die Rede war, daß internationale Völkerverständigung notwendig sei.

Aus Schweinfurt lag ein Antrag vor, eine Sondergruppe für Erwerbslose zu schaffen. Der Antrag wurde sehr gut begründet. Man könne auf diese Art und Weise dem Verband junges Blut zuführen (im Geschäftsbericht war davon die Rede gewesen, daß wenig junge Mitglieder in die Bewegung kommen); denn viele junge Kollegen, die nach Beendigung ihrer Lehrzeit entlassen werden und also praktisch gar nicht zur Ausübung ihres Berufes kommen, würden dadurch gewonnen werden können. Zweifellos ein beachtungswerter Antrag. Beabsichtigt er doch, die Millionenarmee der Erwerbslosen zu organisieren und dem Verband so eine größere Schlagkraft zu geben und auch auf diese Weise dem Irrsinn der RGO-Politik eine Grundlage zu entziehen.

Nicht nur in den Fragen der grundlegenden Orientierung hat der Verbandstag nichts aus den vergangenen Niederlagen gelernt, auch die einfachen tagespolitischen Aufgaben vermochte er nicht zu erfassen. Damit sind all die starken Worte, die ausgesprochenen Drohungen als bloße Phrasen gekennzeichnet. Der Vorwurf, den Brandes gegen einen Oppositionellen richtete: „Man darf nicht so oft das Wort ‚Generalstreik‘ gebrauchen, sonst gewöhnt sich der Gegner daran und nimmt uns nicht mehr ernst“, ist in Bezug auf die Kampfandrohungen seitens der Gewerkschaftsführer mit dem gleichen Recht gegen die Gewerkschaftsführung zu richten. „Man hat zu oft schon starke Worte gebraucht, die schon lange keinen Eindruck mehr beim Gegner ‚Reaktion‘ machen.“

Im ganzen haben wir auf dem Verbandstag den Eindruck gewonnen: Der Vorstand des DMV wird die Macht, die in seine Hände gelegt ist, immer mehr zerbröckeln lassen, anstatt sie zu befestigen, zu vermehren, zu nutzen, wie das Ziel des Verbandes laut Satzung es vorschreibt.

Zur Haltung der Opposition auf dem Verbandstag. Sie hat im allgemeinen sachlich argumentiert, wenn auch taktisch unklug. Warum müssen sie z. B. ihre Reden immer beginnen:

Macht Schluß mit der Passivität.

Angestellten-Vollversammlung der Bewag.

M. H. Die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten der Bewag waren am Dienstag abend in den Sophiensälen versammelt, um zu dem Thema: „Arbeitszeitverkürzung bei der Bewag“ Stellung zu nehmen. Vor etwa 650 Angestellten berichtete der Kollege Zeitz vom ZdA über die Verhandlungen mit der Direktion, die bekanntlich am 19. August sämtlichen Angestellten die Verträge gekündigt hat, um eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden einzuführen. Außerdem läuft der Tarifvertrag am 30. September ab, sodaß Tarifverhandlungen sowieso notwendig waren. Die Verhandlungen sind in der vorigen Woche überraschend schnell mit einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Gewerkschaften (ZdA, Butab, Gesamtverband und Werkmeisterverband), der Direktion und dem Angestelltenrat abgeschlossen worden. Nach dieser Vereinbarung wird der Tarifvertrag für die Bewag-Angestellten verlängert bis zum 31. März 1933 (Kündigungsfrist ein Monat) und falls er dann nicht gekündigt wird, weiter bis zum 30. September 1933 (wiederum einmonatliche Kündigung). Ab 1. Oktober 1932 wird die Arbeitszeit auf 45 Stunden herabgesetzt. Für die Angestellten bis zur Gruppe 6a einschließlich tritt eine Gehaltskürzung dabei nicht ein; die Gehälter der Angestellten der Gruppen 5b und 5a werden um 5 Prozent gekürzt, die aller übrigen Angestellten werden entsprechend der verminderten Arbeitszeit um 6 Prozent gekürzt. (Diesmal soll die Kürzung bis zu den Vorstandsmitgliedern einschließlich erfolgen, während bisher alle Sondergehälter stets verschont blieben!) Während der Geltungsdauer dieses Abkommens dürfen keine Entlassungen und Herabgruppierungen erfolgen. Nach den Absichten der Direktion sollten sonst 162 Angestellte gekündigt werden! Ueberstunden sollen, wie ausdrücklich vereinbart wurde, nicht mehr verlangt und nicht mehr geleistet werden, auch nicht in den Rechnungsbüros, wo sie heute vielfach an der Tagesordnung sind. Es wird sicher — wie auch in der Diskussion von vielen Kollegen betont wurde — Aufgabe des Angestelltenrats und der Kollegen selber sein, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß dieser Punkt der Vereinbarung nicht nur auf dem Papier stehen bleibt!

In welcher Weise die Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt werden soll, soll im einzelnen mit der Betriebsverwaltung vereinbart werden. Zeitz vertrat die Ansicht, daß dies Abkommen in Anbetracht der heutigen allgemeinen Lage, bei der eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich nicht zu erreichen sei, verhältnismäßig günstig sei. Wer die Rede Papens mit ihren Ankündigungen über Tariflockerung gehört habe, werde dies zugeben müssen und das getroffene Abkommen als einen Erfolg der Gewerkschaften bezeichnen. In den meisten anderen Betrieben sei jedenfalls den Arbeitern

„Wir von der Opposition“?

Mag der Antrag noch so gut sein, es ist nun einmal so, er steht bei der Mehrzahl der Delegierten auf diese Weise in dem Geruch, „Konfektionsware aus der Stalinschen Fabrik“ zu sein, um hier den Zwischenruf eines Delegierten wiederzugeben.

Richtiger ist es, einen Antrag ohne jede überflüssige Bemerkung einfach sachlich zu begründen. Bei der Debatte zur Gehaltsfrage der Angestellten des Verbandes, wo der Vorstand mit seinem Vorschlag nicht durchkam, fiel z. B. kein Wort im Sinne „wir von der Opposition“.

es wurden einfach die Gegenargumente gegen den Vorschlag des Vorstandes vorgetragen, und das verhalf zum Erfolg.

und Angestellten bei Einführung verkürzter Arbeitszeit bedeutend mehr an Opfern zugemutet worden. Auf erregte Zwischenrufe, daß daran die Gewerkschaften, vor allem die Gewerkschaftsführer, nicht ohne Schuld seien, hatte Zeitz nur die sehr unbefriedigende Antwort, daß es Sache der Arbeiter und Angestellten sei, sich hundertprozentig zu organisieren, dann könnten die Gewerkschaften mehr erreichen! Gerade für die Bewag verfährt dies gar nicht, wo 90 Prozent organisiert sind, und sich wahrscheinlich kaum etwas änderte, wenn die fehlenden 10 Prozent noch dazu kämen.

Nach sehr ausgiebiger und lebhafter Diskussion wurde der abgeschlossene Vereinbarung von allen anwesenden Kollegen zugestimmt. Wie schon diese Zustimmung beweist, richtete sich die in der Diskussion zum Ausdruck kommende Unzufriedenheit nicht so sehr gegen die an den Verhandlungen beteiligten Gewerkschaftsvertreter, denen vielmehr zugestanden wurde, daß sie das herausgeholt haben, was in diesem Fall durch eine Verhandlung wohl herauszuholen war; sie richtete sich gegen die Gesamtpolitik der Gewerkschaften, die immer mehr vom Kampfe abgekommen sind und nichts tun, um den Kampfwillen wieder zu wecken. Der 20. Juli, eine Gelegenheit, den Kampf aufzunehmen, ging vorbei, die Gelegenheit war verpaßt! Vertröstungen auf die Wahlen — das war alles! Und nun nach den Wahlen? Nichts ist gebessert, niemand weiß, wie lange der Reichstag überhaupt tagen darf und wann bereits die nächste Notverordnung ohne Reichstag verhängt wird. Was ist aus den Hammerschaften geworden? Zu einem starken außerparlamentarischen Kampfmittel sind sie nicht ausgebaut worden; bisher dienten sie nur der Propaganda für Wahlaufmärsche der SP. Warum schweigt die deutsche Gewerkschaftspresse fast völlig zu dem heroischen Kampf der belgischen Bergarbeiter, der zur Zeit geführt wird? Es würde jedenfalls den Kampfwillen bei uns stärken, wenn wir von solchen Kämpfen unserer Klassengenossen hören und ihnen unsere Sympathie und Solidarität beweisen. Auf diese und ähnliche ausgesprochene Fragen blieb der Kollege Zeitz in seinem Schlußwort jede Antwort schuldig. Die Kollegen müssen verlangen, wie dies auch in der Diskussion angeregt wurde, daß sie in einer anderen Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Angestellten-Funktionäre der Bewag haben vor den Reichstagswahlen einstimmig eine Resolution angenommen, daß die Gewerkschaften sich für einen einheitlichen Kampf von SP und KP gegen die Reaktion einsetzen sollen. Diese geforderte Einheitsfront ist bisher noch nicht erreicht; es gilt aber, im Sinne dieser Resolution weiter zu arbeiten, damit die Arbeiterschaft, wie verschiedene Bewag-Kollegen es forderten, wieder zur Offensive übergehen kann.

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet,“
senden Sie bitte 50 Flaschen.“

So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!

Apfelsaft, edel und würzig,
10 Flaschen nur 5,40 Mark.
Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen

Frischkost-Deformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Sie brauchen einen neuen Wintermantel!

Legen Sie Wert auf Haltbarkeit?
Dann kommt nur Maßarbeit für Sie in Frage

Achten Sie auf saubere Arbeit?
Dann lassen Sie nur arbeiten bei

R. SCHONHEIT

Herrn- u. Damenmoden
Magdeburg, Otto v. Guerickestr. 104, I., 1.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,

Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

Ab 30. August: Die berühmten 3 Komiker

Charlie Chaplin

Buster Keaton

Harold Lloyd

Charlie arbeitslos
Casanova wider Willen
Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werft Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einzelkäufen unsere Inserate!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schattellen/Schränke

Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!

Otto Pfotenhauer, Welm, Röhrstr. 40.

Die Konferenz von Ottawa zeigte die Schwierigkeiten des britischen Empire.

Mit den brutalsten Machtmitteln hat England in Indien Ruhe geschaffen. Wie lange wird diese Friedhofsruhe dauern? Wer sich einen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage Indiens verschaffen will, der lese:

Indien in der Zange.

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes.
Von Kari Hinkel.

Mit einer Karte und 9 Bildern / Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.

Aus den Presseurteilen:

„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine vernichtende! Diese müßte jedem Menschen die Augen öffnen über die Verhältnisse der kapitalistischen Welt.“ („Das Andere Deutschland“, Nr. 16, 1932.)

„Der Verfasser versteht es meisterhaft, die wirtschaftliche Not eines großen Volkes in klaren Strichen zu zeigen.“ („Gewerkschaft“, Nr. 22, 1932.)

„Zum wohltuenden Unterschied von der durch die Ghandi-Bewegung ausgelösten großen Indien-Literatur, die sich vorwiegend mit den ethischen und politischen Seiten des Problems Indiens beschäftigt, zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen.“ („Internationale Gewerkschaftsbewegung“, Nr. 6, 1932.)

„In systematischer Olfederung und unter Berücksichtigung urkundlichen Materials erörtert die Untersuchung dann im einzelnen die sozialen Verhältnisse der Arbeiter und Bauern, analysiert weiter die ökonomischen und kulturellen Ursachen dieser Erschließungen und verknüpft schließlich programmatisch hinsichtlich der Agrarreform die Aufhebung der Bodensteuer, hinsichtlich der Industriereform den Aufbau einer klassenbewußten Arbeiterorganisation.“ („Wirtschaftsnachrichten“ Herausgegeben von der Presseabt. der Reichsregierung, Nr. 128, 1932.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S14, Inseistr. 8a,
Postcheckkonto Berlin 318 42.

Preußischer Landtag.

Vor Beginn der Landtagssitzung am Dienstag hatte Bracht noch einmal deutlich demonstriert, daß er sich in seiner Regierungsführung von diesem Parlament nicht kümmern werde: durch einen Beschluß des kommissarischen preußischen Kabinetts war den Beamten der Preußen-Regierung verboten worden, den Sitzungssaal, die Wandelgänge und das Restaurant des Landtagsgebäudes zu betreten.

Die Landtagssitzung wurde eröffnet, indem der Zentrumsabgeordnete Hirtsiefer vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort ergriff zu einem

Nachruf auf die ehemalige Preußen-Regierung.

Nach einer Schilderung der Vorgänge vom 20. Juli erklärte er, die preußischen Minister sähen mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage des Landes von einer tatsächlichen Ausübung ihrer Befugnisse als verantwortungsbewußte Männer vorläufig ab, denn diese Ausübung wäre nur in gewaltsamer Auseinandersetzung mit der gewaltsam vorgehenden Reichsregierung möglich gewesen. Dies hätte folgerichtig zu einer Auseinandersetzung zwischen Polizei und Militär und ebenso zwischen den parteinehmenden Volkskreisen, also zu furchtbarem Blutvergießen, zu einer völligen Zerrüttung des Landes und wahrscheinlich zum Auseinanderfallen des Reichs geführt. Die Staatsminister ließen angesichts der ihnen angedrohten Gewalt den Ausschluß von den laufenden Ressortgeschäften in engerem Sinne unter Rechtsverwahrung vorläufig weiter geschehen, behielten sich aber dabei ausdrücklich insbesondere die Befugnisse vor, die ihnen als Ministern gegenüber dem Landtag und dem Reichsrat zuständen. Hirtsiefer stellte fest, daß die Regierung Papen keine stichhaltige Begründung für ihr Vorgehen gegen Preußen vorgebracht habe, daß sie es insbesondere vor dem Staatsgerichtshof abgelehnt habe, eingehendes Material zur Rechtfertigung ihres Vorgehens gegen die preußische Regierung vorzulegen.

Kerl gegen Bracht.

Landtagspräsident Kerl gab dann eine Erklärung ab, in der er Verwahrung einlegte gegen die ihm vom Reichskommissar bekanntgegebene Auffassung, daß die kommissarische preußische Regierung dem Landtag nicht verantwortlich sei und vor ihm nicht zu erscheinen habe. Er erklärte, die Antwort des Reichskanzlers könne umso weniger staatsrechtliche Bedenken beseitigen, als Herr von Papen am letzten Sonntag in Münster noch einmal betont habe, daß er die Absicht habe, in Preußen eine Verwaltungsreform durchzuführen, ohne den Landtag zuzuziehen. Er erhebe schärfsten Einspruch dagegen und warne die Regierung, ihr Vorhaben durchzuführen.

Gegenüber der nationalsozialistischen Demagogie, deren Wortführer Kerl jetzt mit seiner Verfassungstreue prunkt und in der Rolle des Verteidigers gegenüber den Übergriffen Brachts großtut, erinnert der

Sozialdemokrat Jürgensen

an die Hilfsdienste, die gerade Kerl am 19. Juli Herrn von Papen geleistet hat; in seinem Brief an Papen hat Kerl damals ausdrücklich die Einsetzung des Reichskommissars gefordert.

Der Kommunist Koenen

ergänzte diese historischen Betrachtungen durch eine Anprangerung des Verhaltens der SPD-Führer am 20. Juli.

Beide Redner hatten zur Begründung von Anträgen auf Aufhebung der Notverordnung über die Einsetzung des Reichskommissars gesprochen.

Politisch interessant war die

Einheitsfront des Zentrums mit den Nazis

in der scharfen Ablehnung des Regiments des Herrn Bracht.

Lauscher (Zentrum) führte aus, daß Brachts Ablehnung einer Rechenschaft gegenüber dem Landtag

„geeignet sei, auch den letzten Zweifel über die Verfassungswidrigkeit des Vorgehens des Reichs gegen Preußen zu beseitigen“.

Es sei ungeheuerlich, daß eine Regierung, deren Existenz auf so fragwürdiger Grundlage ruhe, eine so fieberhafte Tätigkeit entfalte wie die Regierung Bracht mit ihrer Verwaltungsreform.

Auch Kube (NS) wurde sehr deutlich. Papen — so führte er aus — habe nur deswegen nicht in den außerpreußischen Ländern durchgegriffen, weil ihm dort das Eisen zu heiß gewesen sei. Die NS lehnten die Fortführung der Geschäfte durch Herrn Bracht ab. Sehr ausführlich wurde Kube auch gegen Hindenburg: Der Mann, der an der Spitze der Obersten Heeresleitung dem Kaiser den Rat gegeben habe, nach Holland zu gehen, der Mann, der die Pflicht gehabt habe, seinen Säbel vor den Kaiser zu stellen, derselbe Mann sei es, der Herrn Bracht zum Kommissar in Preußen eingesetzt habe.

Hamburger von SPD

sprach gegen die Förderung der Spitzel- und Denunziantenwesens; Bracht z. B. bemühe sich, Beamte zu verleiten, Aussagen gegen ihre früheren Chefs zu machen.

Die Abstimmungen.

Angenommen wurden folgende Anträge:

1. Mit den Stimmen aller Fraktionen außer den Deutschen einen nationalsozialistischen Antrag, wonach der Landtag dem Reichskommissar von Papen seine Mißbilligung ausspricht.

2. Mit der gleichen Mehrheit ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Notverordnung zur Einsetzung des Reichskommissars und auf beschleunigte Herbeiführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofs.

3. Mit derselben Mehrheit ein kommunistischer Antrag, daß alle Maßnahmen des Reichskommissars sofort rückgängig gemacht werden sollten. Der letzte Teil des kommunistischen Antrags, wonach kein Beamter oder Angestellter verpflichtet sein soll, den Anordnungen des Kommissars Folge zu leisten, wurde nur mit den Stimmen der Kommunisten und der NS angenommen; auch die Sozialdemokraten stimmten also nicht für diesen Teil des Antrags.

4. Mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und NS wurde ein kommunistischer Antrag auf sofortige Aufhebung aller bestehenden Zeitungsverbote angenommen.

Gegen den Widerspruch der Kommunisten vertagte sich der Landtag auf den 21. September.

Wie die anderen den Klassenkampf führen.

SPD sagt: Steuergeschenk verfassungsrechtlich unzulässig.

Die Reichstagsfraktion der SPD hat in einer Fraktions-sitzung am 30. August die folgende Erklärung abgegeben, die uns im wesentlichen richtig zu sein scheint — doch wird das die Reichsregierung kaum sehr bedrücken —:

„Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion verweist gegenüber dem Plan der Reichsregierung auf Herausgabe von Steueranrechnungsscheinen auf die Vorschrift des Artikels 87 der Reichsverfassung, wonach Geldmittelbeschaffung auf dem Wege des Kredits zu Lasten des Reiches nur auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgen kann. Die Reichsschuldenverwaltung hat entsprechend dieser Vorschrift gegenüber der Verordnung vom 20. Februar 1932 die Kreditbeschaffung durch Verordnung für verfassungswidrig und die Mitwirkung des Reichstages dabei für erforderlich erklärt. Aus diesem Grunde hat die Regierung Brüning den Entwurf eines Gesetzes über Schuldentilgung und Kreditermächtigung dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt. Außerdem würde die Reichsregierung durch die Steueranrechnungsscheine in haushaltsrechtlich unzulässiger Weise entgegen Artikel 85 der Reichsverfassung über zukünftige Steuereinnahmen verfügen. Deswegen hält die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Ausgabe von Steueranrechnungsscheinen, soweit sie ohne Mitwirkung des Reichstages erfolgt, für verfassungswidrig und erklärt, daß eine

Einlösungspflicht für diese Kreditmittel ohne vorausgegangene parlamentarische Zustimmung nicht besteht.“

Unternehmer sagen: Es ist kein Geschenk!

Hugenbergs „Deutscher Handelsdienst“ schreibt auf Grund von Informationen aus „den Kreisen der Wirtschaft“ — wozu für Hugenberg die Arbeiter bekanntlich nicht gehören —:

„Mit besonderer Befriedigung wird festgestellt, daß durch das Projekt von Seiten der Reichsregierung anerkannt wird, daß die deutsche Wirtschaft steuerlich überlastet gewesen sei. Es handelt sich also nicht, wie von sozialdemokratischer Seite erklärt wird, etwa um ein Steuergeschenk an die Wirtschaft, sondern um die

Zurückerstattung zuviel erhobener Steuern, die nicht unwesentlich zur Aussaugung der Wirtschaft beigetragen haben, und zwar um eine Zurückerstattung in einer für die öffentliche Hand erträglichen Form.“

Unternehmerfrechheit steigt ins Ungemessene.

Die Hugenbergsche „Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ vom 31. August schließt einen Artikel über die „Selbstentlarvung des Marxismus“ mit der folgenden eigenen Selbstentlarvung, bei der allerdings für uns nur altbekannte Züge, allerdings mit besonderer Schärfe, hervortreten:

„Es bleibt noch zu erwägen, ob die Reichsregierung nicht

durch Notverordnung den Gewerkschaften untersagt, von Arbeitern und Angestellten, die mit Arbeitszeitverkürzung, also auch mit gesenkten Löhnen arbeiten, Mitgliederbeiträge zu erheben.

Ob die Gewerkschaften Schaden dabei erleiden, ob sie ihren Verwaltungsapparat abbauen müssen, ist gleichgültig.“

Wie deutlich muß der Klassenkampf von der anderen Seite noch verkündet werden, damit die Gewerkschaften sich entschließen, ihn auch ihrerseits zu führen, und zwar durch radikal andere Methoden als durch Unterredungen mit Herrn von Schleicher.

Steuergeschenke an die herrschende Klasse, Lohnsenkungen für die Ausgebeuteten, dazu noch die „Erwägung“, den Organisationen der Ausgebeuteten finanziell den Garaus zu machen, mit dem hämischen Zusatz: „Ob die Gewerkschaften dabei Schaden erleiden... ist gleichgültig!“ Jedem, dem ihr Schicksal nicht gleichgültig ist, erwächst die Pflicht, die Gewerkschaftsführung zu mahnen, zu treten, zu stoßen, bis sie ihre Pflicht tut, oder sie wegzutreten und wegzustoßen, damit andere ihre Pflicht tun können.

Das Ausland über Deutschland.

Die italienischen Faschisten zur Papen-Rede.

Die italienische „Gazetta del Popolo“ schreibt in dem Bericht ihres Berliner Korrespondenten über die Papen-Rede:

„Die vom Reichskanzler vorgetragene Doktrin könne man beiseite lassen, da heute das Reich nicht von Doktrinen, sondern von einem Willen regiert werde. Dieser Wille brauche nicht erst einer Rechtfertigung.

Wo sich ein Wille durchgesetzt habe, sei er bereits gerechtfertigt.

Daß dieser Wille, der durch den Reichspräsidenten verkörpert werde, felsenfest sei, habe der Reichskanzler in allen seinen bisherigen Reden zu verstehen gegeben. Wenn er auch in seiner Rede vom Sonntag gegen Hitler sehr bestimmt aufgetreten sei, habe er doch zur gleichen Zeit durchblicken lassen, daß

eine nationale Kraft, wie sie von Hitler verkörpert werde, nicht auf die Dauer in Opposition gegen eine Regierung bleiben könne, deren letzte Ziele wesentlich mit denen der Braunhemden zusammenfallen.

So groß die Unterschiede im einzelnen auch sein mögen, das Endziel, der Wiederaufbau Deutschlands, sei das gleiche. Die innere Lage charakterisierte sich im wesentlichen durch einen immer schärfer werdenden Konflikt zwischen Parlament und Regierung.“

Stimmen aus England:

„Times“: Die Verhandlungen des Reichstages zeigten, daß die Nationalsozialisten und auch die anderen Parteien klar die beherrschende Stellung des Reichspräsidenten anerkennen.

Die Zeitung rechnet damit, daß die Parteien sich der Lage anpassen würden, um eine Auflösung des Reichstages zu vermeiden. Möglicherweise würden sie sich in den Besprechungen mit dem Reichskanzler, die noch vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages stattfinden dürften, zur Verständigung bereit zeigen. So unwahrscheinlich es auch klingen möge, es bestehe doch eine Möglichkeit, daß die Regierung Papen unter stillschweigender Zustimmung, ja, vielleicht sogar mit Unterstützung der Parteien, die sie zu stürzen versucht hätten, im Amt bleiben werde. Die große Masse des deutschen Volkes wolle unzweifelhaft eine Beendigung der fortgesetzten Unruhen und parteipolitischen Streitigkeiten und verlange, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau baldigst in Angriff genommen werde.

„Daily Herald“: Die Auflösung des Bourgeois-Staates, die Klara Zetkin vorausgesagt habe, sei noch keineswegs so sicher, obwohl die Regierung Papen-Schleicher vielleicht Fehler gemacht habe. Sie sei aber doch die Regierung gewesen, die die Ordnung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau versprochen habe, und man könne annehmen, daß Deutschland von seinem berühmtesten Feldherrn zusammen mit einer Anzahl von Personen, die sein Vertrauen genießen, weiter regiert werde.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag trat am Dienstag um 16 Uhr zusammen und kam über die Wahl des Präsidenten, die sich bis gegen 21 Uhr hinzog, nicht hinaus. Trotzdem ist die Sitzung in vieler Hinsicht bedeutungsvoll gewesen. Ueber dem ganzen Hause lag offenbar der

Protest gegen die geplante Generals- und Junkerdictatur, die nach der Manier des alten Januschäuers den Reichstag mit Hilfe des Kommissarstiefels auseinanderzutreten möchte. Die Sitzung verlief völlig ruhig, selbst die Rede Klara Zetkins, über die wir an anderer Stelle berichten, wurde von den Nationalsozialisten nicht unterbrochen.

Das Präsidium des Reichstags

setzt sich wie folgt zusammen: Präsident ist der Nationalsozialist Göring, der mit allen gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen im ersten Wahlgang gewählt wurde. Erster Vizepräsident wurde der Zentrumsmann Esser, der allerdings in eine Stichwahl mit Paul Löbe eintreten mußte. Zweiter Vizepräsident wurde der Deutschnationale Graf (Thüringen), dritter Vizepräsident Rauch von der Bayerischen Volkspartei.

Göring übernahm mit einer kurzen Erklärung, sein Amt unparteiisch und gerecht zu handhaben, das Präsidium, und erbat sich vom Reichstag mit folgenden Worten eine Ermächtigung, die er auch erhielt:

„Ich bitte um die Ermächtigung, dem Herrn Reichspräsidenten in einem Telegramm die Bitte auszusprechen, das Präsidium des Reichstags nicht, wie es die Form vorschreibt, gelegentlich zu empfangen, sondern unverzüglich zum Vortrag zu empfangen. (Beifall.)

In letzter Zeit häufen sich die Nachrichten über eine beabsichtigte Ausschaltung des Reichstags. Er soll angeblich über keine arbeitsfähige Mehrheit verfügen. Das deutsche Volk und das Ausland wird durch solche Nachrichten mehr und mehr beunruhigt. Als Präsident des Deutschen Reichstags weise ich derartige unverantwortliche Gerüchte zurück (Beifall). Ich bin fest davon überzeugt, daß der Herr Reichspräsident nur gemäß der von ihm an dieser Stelle beschwo-

renen Verfassung handeln wird. (Lachen links.) Ich stelle vor dem ganzen deutschen Volk ausdrücklich fest, daß die heutige Sitzung, sowie vor allem die Wahl des Präsidiums eindeutig erwiesen hat,

daß der neue Reichstag über eine große arbeitsfähige nationale Mehrheit verfügt, und somit in keiner Weise der Tatbestand eines staatsrechtlichen Notstandes gegeben ist.

(Beifall.) Ich bin überzeugt, daß der Reichstag, wenn alle wertvollen Kräfte zusammenwirken, die schweren Aufgaben erfüllen wird, die seiner harren. Zum ersten Male besitzt der Reichstag wieder eine nationale Mehrheit (Beifall rechts), die gewillt ist, das deutsche Volk aus drückendster materieller Not und dumpfer seelischer Verzweiflung herauszuführen. (Beifall.) Diese Tatsache besetzt mich mit der Hoffnung, daß ich mein Amt ausüben kann, bei dem die Ehre des Volkes, die Sicherheit der Nation und die Freiheit des Vaterlandes die obersten Leitsterne meines Handelns sein können. (Lebh. Beifall rechts.)

Gegen 21 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Endgültige Beschlüsse über die weiteren Arbeiten des Reichstags sollen erst gefaßt werden, wenn die geplante Besprechung des Reichstagspräsidenten mit dem Reichspräsidenten stattgefunden hat. Eine Antwort auf das Telegramm Görings an Hindenburg wird am Mittwoch erwartet.

Wie wir erfahren, wird Hindenburg in seiner Antwort auf das Telegramm des Reichstagspräsidenten Göring für das Anerbieten, ihn in Neudeck aufzusuchen, danken, das Reichstagspräsidium jedoch bitten, sich nicht nach Neudeck zu bemühen; da er in der nächsten Woche wieder in Berlin sei.

Im Reichstag haben sich jetzt die von den Fraktionen benannten Mitglieder von vier Ausschüssen eingefunden, nämlich der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung, des Auswärtigen Ausschusses, des Geschäftsordnungs- und des Haushaltsausschusses.

Der französische Staatshaushalt.

Ein Prüfstein für die Regierung Herriot.

Einer Pressemeldung zufolge will der französische Budgetminister, zusammen mit dem Finanzminister, die Ferienzeit dazu benutzen, einen Plan zu entwerfen, auf Grund dessen sich Einnahmen und Ausgaben des französischen Staates in Zukunft das Gleichgewicht halten sollen.

Das Defizit der französischen Staatsfinanzen, das für 1932 auf 3 bis 4 Milliarden Francs geschätzt wird und für 1933 auf mindestens 7 Milliarden, ist durch ein in diesem Sommer in beiden Kammern angenommenes Gesetz nur um etwa 500 Millionen für dieses Jahr und rund 3 Milliarden für das nächste Jahr verringert worden. (1 Franc = 16 Pfennig.) Die Minister haben also für ihren Sommerurlaub noch eine ordentliche Aufgabe vor sich.

Sinkende Staatseinnahmen.

Erstens müssen sie jetzt der Tatsache ins Gesicht sehen, daß sie die 1173 Millionen aus Reparationen nicht bekommen werden, mit denen ihre Vorgänger bei Aufstellung des Budgets für dieses Jahr noch gerechnet hatten — obgleich schon damals klar war, daß die Deutschen in diesem Jahr keine Reparationen zahlen würden. Aus dem gleichen Grunde müssen sie im Budget von 1933 fast 2 Milliarden Einnahmen streichen.

Zweitens müssen die Minister mit den Folgen der Wirtschaftskrise rechnen, die sich schon für die Einnahmen dieses Jahres bemerkbar machen werden, besonders was die indirekten Steuern und die Einnahmen aus Staatsmonopolen und Zöllen angeht. Für das erste Vierteljahr 1932 sind die Einnahmen aus den eben genannten Quellen erstmalig hinter den Schätzungen im Budget 1931/32 zurückgeblieben, und zwar gleich um fast 1200 Millionen Francs. Im Budget für 1932, das nur für April bis Dezember gilt, sind die Einnahmen aus indirekten Steuern, Zöllen und Staatsmonopolen ebenfalls zu hoch geschätzt worden. Im Vierteljahr vom 1. April bis 30. Juni 1932 beträgt der Unterschied zwischen Schätzung und tatsächlichen Eingängen 670 Millionen Francs. Auf dieser Basis ergibt sich gegenüber dem Voranschlag für 1932 ein Ausfall von etwa 2 Milliarden Francs und ein noch größerer für 1933.

Was schließlich die direkten Steuern angeht, so brauchen sich die Minister wegen des Budgets für 1932 noch keine großen Sorgen zu machen. Denn die Steuerveranlagung für 1932 gründet sich auf die Einnahmen von 1931: damals hatte die Krise in Frankreich noch nicht sehr weit um sich gegriffen. Höchstens könnte es sein, daß die Steuern langsamer eingehen als gewöhnlich oder daß Steuerzahler seit ihrer Veranlagung der Krise zum Opfer gefallen und daher nicht zahlungsfähig sind. Einstweilen ist davon allerdings noch nicht viel zu merken: Im zweiten Vierteljahr 1932 übertrafen die Einnahmen aus Einkommensteuern den Voranschlag um 33 Millionen.

Ganz anders sind natürlich die Aussichten für das Jahr 1933. Dann wird es sich darum handeln, Steuern auf die Einkommen des Jahres 1932 zu zahlen, eines ausgesprochenen Krisenjahres. Auch bei den direkten Steuern wird sich dann wohl im Budget ein Loch ergeben, das die Minister mit ihren neuen Vorschlägen zustopfen wollen.

Sie können dazu entweder die Steuersätze erhöhen oder die Staatsausgaben einschränken. Da die Regierung damit rechnet, bei dem Versuch, neue Steuern einzuführen, um Einnahmen und Ausgaben des Staates ins Gleichgewicht zu bringen, überall auf Widerstand zu stoßen, wird sie sich hauptsächlich der Kürzung der Staatsausgaben zuwenden.

Zu senkende Staatsausgaben.

Der Finanzminister wird auch bei Senkung der Ausgaben auf große Schwierigkeiten stoßen.

Er muß nämlich zunächst mit einer Erhöhung einiger Ausgaben-Posten während der kommenden Jahre rechnen. Diese Erhöhung ergibt sich zwangsläufig aus den Verpflichtungen, die der französische Staat eingegangen, als die Staatsfinanzen besonders günstig standen. In den Jahren 1927, 1928 und 1929 ergaben sich überraschende Mehreinnahmen des Staates, die große Überschüsse in den öffentlichen Kassen zur Folge hatten. Um diese Überschüsse zu verwenden,

wurde eine Reihe von Gesetzen angenommen, die bestimmten Personengruppen Pensionen und Renten zusprachen. Zum Beispiel erhalten seit jener Zeit alle ehemaligen Kriegsteilnehmer, wenn sie das 55. Lebensjahr erreicht haben, eine kleine Rente. Die Zahl dieser Renteneempfänger wächst während der kommenden Jahre. Die Ausgaben für solche und ähnliche Zwecke mußten schon im Budget für 1932 mit fast 2 Milliarden mehr eingesetzt werden als im vorhergehenden. Statt der gewünschten Verringerung der Staatsausgaben ergibt sich in diesem besonderen Falle also sogar eine beträchtliche Erhöhung.

Was nun die möglichen Abstriche angeht, so möchte die Regierung natürlich gern die Beamtenbezüge und die Löhne der Staatsarbeiter drücken. Bisher ist sie daran durch den Widerstand der Gewerkschaften von Lehrern, anderen Beamten und Staatsarbeitern erfolgreich gehindert worden. Der Regierungsvorschlag, gewisse Bezüge der Beamten zu kürzen, ist in der Finanzkommission dahin umgebogen worden, daß die Ausgaben der Ministerien um 5 Prozent gesenkt werden sollen, ohne daß die Gehälter und Löhne angetastet werden dürfen. Aber es besteht kein Zweifel darüber, daß die Frage der Beamtengehälter im Herbst wieder auftauchen wird und dann Gegenstand ernster Auseinandersetzungen werden kann.

Die Regierung Herriots kann als Regierung eines kapitalistischen Staates nur sehr zögernd und in sehr beschränktem Maße die Kürzung des Hauptpostens der Ausgaben in Angriff nehmen: der Rüstungsausgaben. Sie würde bei der Kürzung der 18 bis 19 Milliarden Francs direkter und indirekter Ausgaben für Rüstungszwecke auf großen Widerstand bei den Generalen und den Rüstungsindustriellen stoßen. Das hat sich schon bei dem Finanzprogramm der Regierung gezeigt, das im Juli durch beide Kammern gegangen ist. Der General Weygand, der Chef des französischen Generalstabs, hat, wie man hört, energischen Einspruch erhoben gegen einen Antrag der Sozialisten und Radikalen, die diesjährigen Manöver und Reserveübungen aus Sparsamkeitsgründen ausfallen zu lassen, so energischen Einspruch, daß Herriot aus jenem Antrag eine Vertrauensfrage machte. Auch im Herbst, wenn die Regierung ein neues Finanzprogramm vorlegen muß, wird sie in der Sache der Rüstungsausgaben auf Granit stoßen.

Bleibt noch die Schuldenkonversion als Mittel, die Staatsausgaben zu senken: Das Beispiel Englands hat soeben gezeigt, daß die Ueberführung gewisser Staatsanleihen auf einen niedrigeren Zinsfuß große Ersparnisse ermöglicht. Ob freilich im Falle Frankreichs eine solche Konversion den größten Teil des voraussichtlichen Defizits der Jahre 1932 und 1933 decken wird, erscheint zweifelhaft.

Regierung zwischen zwei Fronten.

Will die Regierung ihr Versprechen einlösen und einen Plan vorlegen, der Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht bringt, so wird sie mit einer der beiden Mächte in Konflikt geraten, zwischen denen sie eingeklemmt ist: den Gewerkschaften und dem Bunde von Mittels- und Kleinindustriellen. So wird die Aufgabe, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, zu der schwersten, die die französische Regierung in nächster Zeit zu lösen hat. Je nachdem, auf welche der genannten Mächte sie sich bei dem Versuch der Lösung stützt, wird die französische Politik in der nächsten Zeit Kurs in der Richtung auf volle Reaktion oder auf einen offenen Konflikt mit kapitalistischen Mächten nehmen.

Gerhard Kumbelen (Paris).

ITALIEN

Arbeitslosigkeit: Ende Juni wurden 905 000 Arbeitslose gezählt, Ende Juli bereits 931 000. Davon beziehen nur 275 000 Arbeitslosen-Unterstützung.

Kartoffelmehl im Brot, als Weg zur Autarkie: Italien hat einen Kartoffelüberschuß und führte bisher erhebliche Mengen Getreide ein. Versuche haben ergeben, daß bis zu 30 Prozent Kartoffelmehl als Zusatz zu Weizenmehl verwandt werden kann, ohne daß die Mischung ungenießbar wird. — Wann die Beimischung verordnet wird, ist wohl nur eine Frage der Zeit.

Abkurbelung der Wirtschaft?

Seitdem die englische Labour-Regierung die Handelsbeziehungen zwischen England und der Sowjet-Union wieder angeknüpft hat, ist die Sowjet-Union für die englische Industrie ein außerordentlich wertvoller Kunde. Wie in Deutschland, so übernimmt auch in England die Regierung für die nach der Sowjet-Union ausführenden Industriellen Exportgarantien. Die englische Regierung ist nun auf dem besten Wege, den Handel mit der Sowjet-Union abzuwickeln. Während im Augenblick Russenaufträge im Werte von 6 Millionen Pfund Sterling (rund 90 Millionen Mark) in England auf die Ausführung warten, weigert sich die Regierung, für mehr als 1,8 Millionen Pfund die Garantie zu übernehmen. Infolgedessen sind in der englischen Maschinen- und Werkzeug-Industrie schon mehrere Hundert Arbeiter entlassen worden; allein in Lincoln könnten 1000 Arbeiter eingestellt werden, wenn die Regierung die Garantie übernehmen würde.

SOWJET-UNION

Planerfüllung im zweiten Vierteljahr 1932: Das Programm des Volkskommissariats für die Schwerindustrie wurde zu 77,5 Prozent, das des Volkskommissariats für die Leichtindustrie zu 90 Prozent, das des Volkskommissariats für die Forstwirtschaft zu 69,3 Prozent und das des Ernährungskommissariats zu 69,9 Prozent erfüllt.

Besonders große Rückstände weisen auf:

	Planerfüllung im 2. Vierteljahr
Konserven-Industrie	54,7 Prozent,
Fischerei	61,4 Prozent,
Flößerei	45,7 Prozent.

(„Prawda“ vom 19. August.)

Außenhandel: Nach den nunmehr für das erste Vierteljahr vorliegenden Angaben ist Deutschland in der Sowjet-Einfuhr an die weitaus erste Stelle gerückt; die Einfuhr aus den USA ist gegenüber dem Vorjahr auf ein Zehntel zurückgegangen. Nach wie vor geht der größte Teil der Sowjet-Ausfuhr nach England. Die Einzelheiten ergeben sich aus nachstehender Uebersicht (Angaben in Millionen Rubel):

	Ausfuhr		Einfuhr	
	im ersten Vierteljahr		1931	1932
Deutschland	39,4	25,9	57,5	84,4
England	51,4	37,2	11,4	27,8
USA	4,4	3,1	93,2	9,3
Italien	10,4	6,2	4,9	8,7
Frankreich	5,8	7,4	2,1	0,5

DÄNEMARK

Lockerung der Devisenwirtschaft: Die Regierung hebt die Ablieferungspflicht für fremde Devisen auf. Sie riskiert diesen Uebergang zur freien Devisenwirtschaft, weil die dänische Handelsbilanz sich, verglichen mit dem Vorjahr, bedeutend günstiger gestaltet hat und es außerdem der Nationalbank gelungen ist, ausländische Kredite zu erlangen.

DEUTSCHLAND

Stadt Heidelberg zahlungsunfähig? Die Zinszahlung auf die 6prozentige Anleihe von 6 Millionen Mark, die am 1. September fällig ist, wird pünktlich sicher nicht bezahlt werden. Vielleicht hilft der Staat durch Zuschüsse zu den Fürsorgekosten der Stadt.

Öffentliche Verschuldung: Am 31. März 1932 betrug die Verschuldung von Reich, Ländern und Gemeinden — ohne deren Verpflichtungen untereinander — rund 24 Milliarden Mark. Jährliche Zinslast: 1,4 Milliarden Mark. — Dazu sind zu rechnen die Schulden der selbständigen öffentlichen Unternehmungen und öffentlich-rechtlichen Zweckverbände in Höhe von 5,1 bis 5,3 Milliarden Mark; Zinslast: 330 bis 350 Millionen Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen also jährlich insgesamt 30 Mark öffentliche Zinslasten.

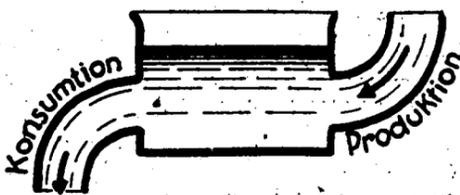
Schrumpfende Steuereinnahmen: In den ersten vier Monaten des laufenden Rechnungsjahres sind 2 267 Millionen Mark Reichssteuern vereinnahmt worden. Auf's Jahr umgerechnet — diese Umrechnung gibt infolge der nicht gleichmäßig auf die zwölf Monate verteilten Steuertermine kein völlig richtiges Bild — würden die Einnahmen nur 6 801 Millionen Mark betragen gegenüber dem Voranschlag von 7 464 Millionen Mark.

9) WIRTSCHAFTSWISSEN. BAUSTEINE ZUM WIRTSCHAFTSWISSEN. Wie entsteht die kapitalistische Krise?

Es ist eine weit verbreitete, aber irrende Meinung, daß die Krise ihre Ursache in einer „Ueberproduktion“ hat, dergestalt, daß vor der Krise allgemein Läden und Läger überfüllt sein müßten. Wie ist es in Wirklichkeit? Zunächst: Auf die Dauer gilt: **Produziert wird, was nachgefragt wird.** Die Läger der Groß- und Kleinhändler haben dabei die wichtige Funktion, zeitweilige Unstimmigkeiten zwischen Produktion und Konsumtion auszugleichen: Ihre Veränderungen sind ferner ein Signal für die Produktionsgröße und -richtung: Steigt nämlich der Lagerbestand eines bestimmten Artikels in vielen in Frage kommenden Lägern über das normale Maß hinaus, dann ist dies für die Unternehmer ein Zeichen, die Produktion für diesen Artikel abzustoppen. Wer das nicht tut, für den würde es sich bald schmerzhaft herausstellen, daß er sich in der Produktionsrichtung verkalkuliert hat. Ähnlich ist es umgekehrt, wenn ein Artikel schneller ausverkauft wird als sonst üblich. Das ist dann für die Unternehmer das erhoffte Signal: Hier kann verdient werden, also produziere!

Das Steigen oder Sinken des Bestandes der Warenläger ist also ein Anhaltspunkt dafür, ob es zweckmäßig ist, wenig oder viel zu produzieren. Die Größe des Warenlagers selber ist von Umständen abhängig, die mit der Krise nichts zu tun haben; die Lagergröße hängt zum Beispiel von dem zu lagernden Artikel ab (Modewaren, verderbliche oder haltbare Waren) und davon, mit welchem Geschick der Händler es versteht, sein Lager klein zu halten und so Betriebskapital zu sparen.

Die Rolle von Produktion, Lagerhaltung und Konsumtion wollen wir an Hand von drei Bildern betrachten und uns dabei auf das Allerwichtigste beschränken.



Solange der Produktionsstrom (die Erzeugung) und der Konsumtionsstrom (der Verbrauch) gleich groß bleiben, so lange bleibt auch der Lagerbestand gleich.

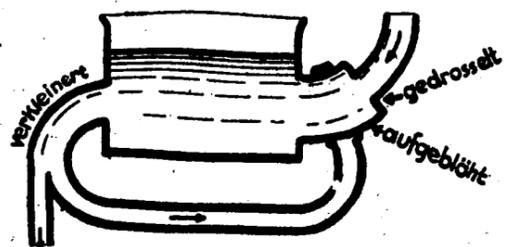
Wird aus irgend einem Grunde die Kaufkraft allgemein beschränkt und gleichzeitig die Produktion entsprechend verringert (werden also Zufluß und Abfluß gleichmäßig gedrosselt), so bleibt ebenfalls der Lagerbestand gleich. Eine blühende Wirtschaft (ein starker Produktions- und Konsumtionsstrom) ist möglich sowohl bei vollen als auch bei verhältnismäßig kleinen Lägern; ebenso ist eine kranke Wirtschaft (ein schwacher Produktions- und Konsumtionsstrom) möglich bei leeren und auch bei vollen Lägern. Ein notwendiger Zusammenhang zwischen Lagergröße und Konsumtion besteht demnach nicht.

Wie kommt nun die kapitalistische Krise zu stande?



Folgendermaßen: Den Lägern werden nicht nur Dinge entnommen, die dem unmittelbaren Verzehr dienen (Nahrungsmittel, Kleider = reine Konsumtion), sondern auch Maschinen, Arbeitsgeräte; kurz: den Lägern werden Konsumtionsmittel und Produktionsmittel (produzierte Produktionsmittel) entnommen. Die Produktionsmittel dienen als Ersatz für verschlissene, aber auch zur Verstärkung des Produktionsstroms für die Bereicherung des Lebens durch äußere Güter.

Infolge der kapitalistischen Einkommensverteilung — bedingt durch Monopole verschiedener Art — haben die Angehörigen der Arbeiterklasse einen sehr geringen, die Angehörigen der Kapitalistenklasse einen unverhältnismäßig großen Anteil an den produzierten Gütern. Produziert wird, was nachgefragt wird. Die Folge: die Kapitalisten können ihr Einkommen gar nicht vollständig verzehren, sie benutzen einen erheblichen Teil zur ständig fortschreitenden Vergrößerung ihres Produktionsapparates, der Produktionsstrom wird infolgedessen stärker, und zwar wird diese Verstärkung vor allem dazu verwandt, den Produktionsapparat weiter zu vergrößern.



Der einzige krisenfreie Ausweg, die Erhöhung der Kaufkraft derjenigen, die unmittelbar verzehren, bleibt aus: die Unternehmer wollen die Löhne nicht erhöhen. Der einzelne möchte vielleicht; die meisten wollen, daß andere die Löhne erhöhen; aber keiner fängt an. So bleibt denn nur eins: die Produktion zu drosseln, und zwar sowohl die Produktion von Konsumtionsmitteln als auch die von Produktionsmitteln. Die ersten Arbeiter fliegen auf die Straße, die Krise ist da.